Datum:	11. Dezember 2017
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Gemeinden wollen bei Finanzvereinbarungen mitreden

Gemeinden wollen bei Finanzvereinbarungen mitreden

Österreichs Gemeinden fühlen sich bei den finanziellen Transfers zwischen den Gebietskörperschaften benachteiligt und wollen ein Mitspracherecht bei Vereinbarungen, die sie betreffen. So haben Bund und Länder bei den Gesundheitsausgaben einen Kostenanstieg von maximal 3,6 Prozent pro Jahr vereinbart, den Gemeinden werden aber 4,9 Prozent mehr abgenommen.

11.43 Uhr, 11. Dezember 2017

Die Länder würden über die Krankenanstaltenumlage von den Gemeinden mitfinanziert, ohne aber eine Gestaltungsmöglichkeit zu haben. "Bund und Länder greifen auf Kommunalebene kräftig zu", kritisierte Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger bei der Präsentation der Gemeinde-Finanzprognose 2017 bis 2021 am Montag in Wien.

Ähnlich sieht es auch bei der Pflege aus. Bund und Länder haben bei den Pflegeausgaben eine Ausgabenobergrenze von 4,6 Prozent pro Jahr vereinbart. Die Sozialhilfeumlage der Gemeinden ist allerdings zwischen 2012 bis 2016 um 5,3 Prozent gestiegen. Für die beiden nächsten Jahre wurde noch vor der Abschaffung des Pflegeregresses ein Plus von 4,3 Prozent (2017) bzw. 4,9 Prozent (2018) prognostiziert. Der Wegfall des Pflegeregresses wird laut Städtebund Mindereinnahmen und Mehrausgaben bis zu 500 Mio. Euro bedeuten.

"Die Abschaffung des Pflegeregresses ab 1.1.2018 wird durch den Städtebund zwar befürwortet, doch die Folgen sind für Städte und Gemeinden nicht absehbar", so Weninger. Klar sei, dass die von der Bundesregierung genannten 100 Millionen Euro keinesfalls ausreichen werden. "Auch die Kosten für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sind wichtige Vorhaben, die Städte nur leisten können, wenn sie entsprechend finanziert sind", warnte Weninger davor, dass Städte und Gemeinden möglicherweise den Stabilitätspakt nicht mehr einhalten werden können.

Weninger hofft, dass die künftige Regierung in einem neuen Anlauf die Vorschläge und Idee des Österreich-Konvents, der unter Schwarz-Blau I und II von 2002 bis 2005 tagte, aufgreift und es zu einer Kompetenzenentflechtung zwischen den Gebietskörperschaften kommt. Die Kommunen sprechen sich dafür aus, dass der Bund künftig für den gesamten Gesundheitsbereich, die Länder für den Pflegebereich und die Gemeinden für die Kindergärten zuständig sind. "Vorschläge für einen Aufgabenentflechtung gibt es, das Problem ist die Umsetzung", so Weninger.

Die vom "Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ)" erstellte Finanzprognose weist für die Gemeinden (ohne Wien) 2017 einen Überschuss von rund 1,6 Mrd. Euro aus. Das sind um 130 Mio. Euro weniger als 2016. Mit 2018 ist ein Anstieg auf 1,7 Mrd. Euro zu erwarten, bis 2021 wird eine Verbesserung auf 2,0 Mrd. Euro prognostiziert. In Summe wird der Spielraum der Gemeinden für die Finanzierung von Investitionen dadurch aber nicht größer, sondern liegt knapp unter dem Wert von 2012.

Die Gemeinden erhalten 2017 rund 7,2 Mrd. Euro Ertragsanteile aus dem Bundestopf, davon werden 2,7 Mrd. bzw. 37 Prozent über Transfers (für Krankenanstalten, Sozialhilfe und Landesumlage) wieder an die Länder zurücküberwiesen. Der aus Gemeindesicht negative Transfersaldo ist seit 2012 um 615 Mio. Euro gestiegen.

Die Ertragsanteile der Gemeinden werden im Jahr 2018 über den Werten von 2016/2017 liegen, das bedeutet 300 Mio. Euro Mehr-Einnahmen. Die Transfers werden jedoch ab 2017 mit 4,3 bis 4,8 Prozent pro Jahr steigen. Weninger forderte daher, dass der Anstieg der Transferzahlungen am Anstieg der Ertragsanteile und nicht am Anstieg der Kosten gekoppelt wird.

"Weiterhin stark steigende Gesundheitsausgaben, die Dynamik und Unsicherheit im Pflegebereich sowie eine mögliche Reduktion der Abgabenquote kann mittelfristig auf die Gemeindefinanzen substanzielle Auswirkungen haben und den Spielraum stark einschränken", meinte KDZ-Geschäftsführer Peter Biwald.